

ANTRAG

Der Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs
im Gemeinderat der Stadt Wr. Neustadt
zur Behandlung in der Gemeinderatssitzung
am 30.03.2011

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution:

Die zuständigen Stellen der Bundesregierung werden dazu aufgefordert kein EURO Rettungspaket mitzutragen, sondern stattdessen ein dringend nötiges Rettungspaket für Kommunen zu evaluieren und schnellstens in die Tat umzusetzen.

Begründung:

Es herrscht eine schwierige finanzielle Situation in nahezu allen österreichischen Kommunen. Anstatt den Kommunen unter die Arme zu greifen und somit die eigene Bevölkerung zu unterstützen scheint man eher dazu bereit zu sein, Unsummen an Gelder für die Rettung des Euros und anderer europäischer Länder in die Hand zu nehmen.

Es ist dringend notwendig, dass das benötigte Geld, welches vom österreichischen Steuerzahler aufgebracht wird, auch in erster Linie dem österreichischen Steuerzahler zu Gute kommt.

Die Bundesregierung muss in ihrer Verantwortung in erster Linie für die österreichischen Bürger arbeiten und ist daher aufgefordert ein längst fälliges „Kommunenrettungspaket“ zu evaluieren, welches den Bürgern in unseren Heimatgemeinden nützt und dieses umzusetzen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich